

AKTUELLES

[Fakultätentag Psychologie](#) > [Empfehlungen und Stellungnahmen](#) > **Forderungen zur Bundestagswahl**

Forderungen zur Bundestagswahl

23.01.2025 | [Fakultätentag Psychotherapiereform](#) [Qualitätssicherung Studium](#) [Forschung](#) [Pressemitteilung](#) [FTPs](#) [Stellungnahme](#)

Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs) und der Fakultätentag Psychologie (FTPs) richten gemeinsam klare Forderungen an die Politik und bieten ihre Expertise zur Unterstützung an. Die DGPs vertritt rund 6.000 wissenschaftlich arbeitende Psychologinnen und Psychologen und im FTPs sind die psychologischen Institute in Deutschland organisiert.

Die Forderungen im Überblick:

Stärkerer Einbezug psychologischer Expertise zur Krisenbewältigung sowie zur Förderung von Resilienz und Demokratie

Viele der aktuellen Krisen – wie die Klimakrise, geopolitische Konflikte oder die Gefährdung demokratischer Strukturen und Institutionen – sind menschengemacht. Als Wissenschaft des Erlebens und Verhaltens bietet die Psychologie fundierte Ansätze, um die Ursachen und Mechanismen solcher Krisen besser zu verstehen. Gleichzeitig liefert sie wertvolle Beiträge zur Entwicklung von Bewältigungsstrategien, zur Identifikation nachhaltiger Lösungen und zur Minderung negativer Auswirkungen. Zudem zeigt die Psychologie Wege auf, wie Gesellschaften widerstandsfähiger und resilienter werden können. Daher sollte die Expertise der Psychologie in diesen herausfordernden Zeiten stärker berücksichtigt werden. Unsere Vorstandsmitglieder sowie die zahlreichen Fachgruppen, Kommissionen, Interessensgruppen und Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Psychologie übernehmen Verantwortung und stehen Ihnen für einen Austausch sehr gerne zur Verfügung.

[Das ausführliche Positionspapier steht hier als pdf-Datei zum Download bereit.](#)

Verbraucherschutz durch Titelschutz des Berufs "Psychologe/Psychologin"

Ein Titelschutz ist essenziell für den Verbraucherschutz, um Hilfesuchenden eine klare Orientierung und Qualitätssicherung bei psychologischen Dienstleistungen zu bieten. Der Beruf des Psychologen/der Psychologin sollte daher als freier Beruf gesetzlich geschützt werden. Die gesetzlichen Regelungen sollten die Mindeststandards der European Federation of Psychologists' Associations (EFPA) für konsekutive Bachelor- und Masterstudiengänge der Psychologie erfüllen bzw. sich an den entsprechenden Empfehlungen der DGPs orientieren.

Neueste Artikel

[FTPs-Empfehlung für Institute zu Zulassungsterminen und Praktika](#)

[Forderungen zur Bundestagswahl](#)

[Forderung nach Anpassungen bei der unzureichenden Finanzierung im Entwurf des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes \(GVSG\)](#)

[Stellungnahme zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten](#)

[Referentenentwurf der zweiten Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten](#)

[Das ausführliche Positionspapier steht hier als pdf-Datei zum Download bereit.](#)

Finanzierung der Weiterbildung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten

Seit der Novellierung des Psychotherapeutengesetzes 2020 fehlen gesetzliche Regelungen für die angemessene Finanzierung der Weiterbildung neu-approbierter Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten. Besonders im ambulanten Bereich sind sozialgesetzliche Anpassungen erforderlich, um Vergütung und hauptberufliche Anstellungen sicherzustellen. Eine sichere Finanzierung ist essenziell, um den Nachwuchs in der psychotherapeutischen Versorgung sowohl in der Praxis als auch der Wissenschaft zu sichern.

[Das ausführliche Positionspapier steht hier als pdf-Datei zum Download zur Verfügung.](#)

Anpassung des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG)

Psychische Belastung spielt in der Arbeitswelt eine immer größere Rolle. Um den dadurch gestiegenen Bedarf an psychologischer Beratung in der Arbeitswelt zu berücksichtigen, sollten Arbeits- und Organisationspsychologinnen und -psychologen künftig von Arbeitgebern als Expertinnen und Experten bestellt werden können, analog zu Betriebsärztinnen und -ärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit. Dies erfordert eine entsprechende Anpassung des ASiG und der DGUV Vorschrift 2.

[Das ausführliche Positionspapier steht hier als pdf-Datei zum Download zur Verfügung.](#)

Einbezug von Psychologinnen und Psychologen in sozialrechtliche Gutachten

Sozialrechtliche Gutachten müssen auch psychologische Expertise berücksichtigen, um Fehleinschätzungen zu vermeiden. Derzeit sind zahlreiche Regelungen auf medizinische Gutachten beschränkt. Eine Ergänzung, die Psychologinnen und Psychologen als Sachverständige einbezieht, ist dringend erforderlich.

[Das ausführliche Positionspapier steht hier als pdf-Datei zum Download zur Verfügung.](#)

Reform Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)

Ohne eine verlässliche Planbarkeit der Karrierewege in der Wissenschaft für qualifizierte Personen ist die Leistungsfähigkeit des hiesigen Wissenschaftsstandorts gefährdet. Eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) sollte zu einer Verbesserung der Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses führen. Dies erfordert zwingend zusätzliche Finanzmittel. Im Bereich Klinische Psychologie und Psychotherapie bedarf es einer Sonderregelung analog zur Medizin, um eine parallele fachliche und wissenschaftliche Weiterqualifikation zu ermöglichen. Alternativ könnte dies im Gesetz über befristete Arbeitsverträge mit Ärzten in der Weiterbildung geregelt werden (siehe den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung von 2024).

Unterstützung für „Mehr Psychologie an Schulen“ (Landesregelung mit Unterstützung des Bundes)

Psychologisch relevante Themen wie Lernen, Emotionen, Selbstregulation, Resilienz, Demokratie und psychische Gesundheit finden in Schulen bisher kaum Beachtung. Angesichts der zunehmenden Herausforderungen – darunter mangelnde Chancengleichheit, Mobbing, unzureichende soziale und gesundheitliche Kompetenzen sowie der Anstieg psychischer Belastungen und Störungen – ist es entscheidend, solche Themen in den schulischen Alltag zu integrieren. Das Ziel ist, Kinder und Jugendliche zu stärken, ihre psychische Resilienz zu fördern und sie zu befähigen, den aktuellen Herausforderungen besser zu begegnen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen.

Daher fordern wir:

Ausbau der Schulpsychologie: Schulpsychologinnen und -psychologen müssen zeitnah, präventiv und kurativ verfügbar sein.

Psychologie als Schulfach: Psychologie als Schulfach sollte flächendeckend eingeführt und von qualifizierten Lehrkräften unterrichtet werden.

Interdisziplinäre Teams: Psychologinnen und Psychologen sollten gemeinsam mit Lehrkräften und anderen Fachkräften systemische Schulentwicklung fördern und bei Problemen frühzeitig

eingreifen können.

Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie und der Fakultätentag Psychologie stehen sehr gern bereit, diesen Prozess fachlich zu begleiten.

[← Zurück zur Listenansicht](#)

FTPs

Quicklinks

[Fakultätentag Psychologie](#)

[Kontakt](#)

[Sitemap](#)

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Rechtliche Hinweise](#)

© 2025 Deutsche Gesellschaft für Psychologie e. V. (DGPs)